

Mag. Georg Ortner

Track Track #5: Emanzipation und soziale Sicherheit

Policy Paper: Die Wertschöpfungsabgabe als emanzipatorisches Instrument

Die Wertschöpfungsabgabe wird seit über 30 Jahren in Österreich vor allem in gewerkschaftlichen und fortschrittlichen Kreisen (BM Dallinger) diskutiert. Der ÖGB fordert die Einführung der Wertschöpfungsabgabe. Mehrere wissenschaftliche Studien wurden zu dieser Fragestellung veröffentlicht.

Die lohn- und arbeitsmarktpolitisch Feststellung, dass der Faktor Arbeit durch Senkung der Lohnnebenkosten entlastet werden sollte wird von vielen Experten und politisch Verantwortlichen erhoben. Die Kompensation wäre durch zwei Maßnahmen mögliche: Reduzierung der Leistungen oder durch Gegenfinanzierung. Die Gegenfinanzierung umfasst im groben:

- Die Steuererhöhung von bereits bestehenden Steuern (Umsatzsteuer, Mineralölsteuer, ...)
- die Einführung bzw. Wiedereinführung einer Vermögensbesteuerung (z.B. Erbschafts- und Schenkungssteuer)
- oder die Besteuerung an der Quelle der Wertschöpfung in Form der Wertschöpfungsabgabe an.

Das Policy Paper wird folgende Aspekte behandeln.

- Definitionen der Wertschöpfungsabgabe;
- Beweggründe für die Einführung der Wertschöpfungsabgabe;
- Auswirkungen auf österreichische Wirtschaftssektoren;
- Welche Abgaben sind durch eine Wertschöpfungsabgabe ersetzbar?
- Auswirkungen auf das österreichische Sozialsystem;
- Emanzipatorische und verteilungspolitische Auswirkungen (Einkommen, Vermögen, Erwerbschancen...);

- Einstiegsprojekte bzw. Umsetzungschancen mittel- bzw. langfristig;
- Kritik und Einwände gegen die Wertschöpfungsabgabe;

Überblick

Die Zusammenfassung der einschlägigen wissenschaftlichen Studien und politischen Forderungspapieren soll einen Überblick geben und die politischen Beweggründe darstellen. Weiters wird die bestehende Wertschöpfungsabgabe in Italien (IRAP) erläutert.

Analyse anhand von einer Stichprobe

Zur empirischen Analyse wird ein Datensatz des BMF verwendet, welcher aufgrund meiner Tätigkeit als politischer Referent im Büro von Staatssekretär Dr. Matznetter aus dem Jahr 2007 zur Verfügung steht. Dieser Datensatz umfasst 500 – nach Branchen und Betriebsgröße gewichtete – anonymisierte Steuererklärungen österreichischer Unternehmen. Dieses nichtöffentliche Datenmaterial soll es insbesondere ermöglichen folgende Fragestellungen zu beantworten:

- Um wieviel könnte der Faktor Arbeit (Lohnnebenkosten) entlastet werden?
- Würden Arbeits-/lohnintensive Branchen/Sektoren entlastet bzw. kapitalintensiven Branchen/Sektoren belastet?
- Welche Auswirkungen auf Männer und Frauen?
- Welche Risiken bzw. Wissenslücken gibt es bei der Umsetzung der Wertschöpfungsabgabe?

Aussichten

Ein Überblick über das österreichische Sozialversicherungssystem – Selbstverwaltung und Finanzierung der einzelnen Versicherungssäulen – ist Grundlage für einige politische Diskussionsgrundlagen:

- **Möglicher Einstieg in die Wertschöpfungsabgabe wäre die Umstellung bei der Finanzierung des Familienlastenausgleichsfonds;**
- **Weitergehende Perspektiven und Konsequenzen einer WSA im Rahmen des österreichischen Sozial- Sozialversicherungssystems**

Verwendete Quellen

- **500 anonymisierten – nach Branchen und Betriebsgröße gewichtetet – Steuererklärungen österreichischer Unternehmen;**
- **AMECO Datenbank;**
- **Einkommensberichte des Rechnungshofs;**
- **Breuss, Schebeck, Walterskirchen, Wertschöpfungsabgabe als Alternative zu lohnbezogenen Dienstgeberbeiträgen zum Familienlastenausgleichsfonds, Wien 1997;**
- **Alois Guger, Markus Marterbauer, Ewald Walterskirchen, WIFO Monatsberichte 7/2006, Wien 2006;**
- **Mag. Franz Gall, interne Berechnungen AK OÖ einer WSA anhand der Voest Bilanzen;**
- **Harald Schmadlbauer, Wertschöpfungsabgabe: Sinnvolle Ergänzung oder Alternative zur Finanzierung der Sozialversicherung?, Linz 2003**